

Statement Hans Jürgen Kerkhoff

Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl

Wer Industrie sagt, muss auch Stahl wollen

Die vorgestellten Studien belegen eindrucksvoll, dass unsere Branche eine entscheidende Basisindustrie für das deutsche Wachstumsmodell ist. Ohne eine innovative Stahlindustrie können die komplexen Wertschöpfungsketten der modernen Industrieproduktion nicht funktionieren. Wir sind stolz darauf, dass die stahlintensiven Industrien in Deutschland die Basis für 3,5 Millionen qualifizierte Arbeitsplätze legen.

Die Stahlindustrie ist in fast allen Bereichen der Industrie unmittelbar an der Entwicklung neuer Produkte und Anwendungen beteiligt, denn die Arbeit im Verbund ist für die Ingenieure Alltag. Die Stahl- und Stahlanwendungsforschung in Deutschland besteht aus einem einzigartigen, dichten Netz von Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Anwenderbranchen. Deshalb ist es kein Zufall, dass der Anteil hochwertiger Stähle an der Gesamtproduktion hierzulande inzwischen über 50 Prozent beträgt. Weltweit kommt jedes fünfte Auto und jede sechste Maschine aus Deutschland. Denn nur mit den besten Stählen werden die besten Maschinen und die effizientesten Anlagen gebaut. Dies gilt auch und im besonderen Maße im Bereich der modernen Umwelttechnologie: Für die Herstellung von Windrädern und hocheffizienten Turbinen zur Energieerzeugung ist Stahl ebenso unverzichtbar wie für den wirtschaftlichen Leichtbau von Autos oder neue Elektromotoren. Auf diese Weise leistet die Stahlindustrie einen besonders wirkungsvollen Beitrag zum Klimaschutz, denn mit solchen modernen Stahlanwendungen wird sechs Mal mehr Emission an CO₂ vermieden, als bei der Produktion des dafür erforderlichen Stahls entsteht.

Die durch die Studien belegte enge Verzahnung der verschiedenen Branchen innerhalb der industriellen Wertschöpfungsketten zeigt, dass eine Differenzierung nach Gewinnern oder Verlierern der gegenwärtigen Energie- und Klimapolitik falsch ist, weil oberflächlich. Steigende Kosten der Energiewende und der Klimapolitik verschlechtern nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie gegenüber anderen Wirtschaftsregionen, sondern sind eine Bedrohung für den gesamten Verbundstandort. Wer die Stahlindustrie beschädigt, trifft auch viele andere Industriebereiche. Nur in einer gemeinsamen Anstrengung wird es gelingen, das Projekt „Energiewende“ umzusetzen.

Die drohenden Zusatzbelastungen für die Stahlindustrie belaufen sich auf bis zu 1,5 Milliarden Euro pro Jahr. Sie resultieren aus dem Emissionshandel der EU, der EEG-Umlage, höheren Energiesteuern sowie gestiegenen Stromkosten auf Grund der Energiewende. Schwer wiegt zudem die Unsicherheit, ob und wie wir die industriellen Anstrengungen der Energiewende meistern werden. Die gegenwärtig relativ niedrigen Preise für CO₂-Zertifikate sind nur eine Momentaufnahme der Krise und sollten nicht über die Wucht der drohenden Gesamtkosten der Energie- und Klimapolitik hinwegtäuschen. Sollten alle angekündigten bzw. absehbaren Belastungen tatsächlich eintreten, wären weitere Investitionen am Standort Deutschland aus unternehmerischer Sicht wirtschaftlich kaum noch zu rechtfertigen. Die industriellen Wertschöpfungsketten, an denen wir Deutschland aus der Krise gezogen haben, bleiben aber nur stabil, wenn sich jedes einzelne Glied betriebswirtschaftlich rechnet. Es ist die Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die Stahlindustrie ihre Schlüsselstellung für die deutsche Exportwirtschaft halten kann. Deshalb braucht die Stahlindustrie in Deutschland bei den energiepolitischen Abgaben und Regulierungen angemessene Belastungsbremsen zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Standorten. Dazu gehört beispielsweise eine Kompensation der emissionshandelsbedingten Strompreissteigerungen. Eine systematische Benachteiligung gegenüber anderen Industrieländern können die Unternehmen in Deutschland nicht auf Dauer verkraften.

Wie unsinnig die Regulierungen für unsere Branche sind, zeigt das Beispiel der sogenannten CO₂-Benchmarks der Europäischen Union. Die dort definierten Zielwerte für die CO₂-Reduktion liegen nicht nur jenseits der Grenze des heute technisch Machbaren, sondern fordern mehr als das naturwissenschaftlich überhaupt Mögliche. Die Stahlindustrie in Deutschland arbeitet auf Grund immenser Effizienzsteigerungen fast am physikalischen Optimum, das Ende der Fahnenstange ist also so gut wie erreicht. Dennoch fordert die EU-Kommission weitere Steigerungen im zweistelligen Bereich. Dies stößt nicht nur an verfahrenstechnische Grenzen, sondern auch gegen die ökonomische Vernunft. Denn im Ergebnis haben die CO₂-Abgaben damit keine Lenkungswirkung mehr, sondern belasten nur einseitig unseren Industriestandort. Letztlich werden damit gerade jene Stahlwerke im internationalen Wettbewerb benachteiligt, die besonders geringe CO₂-Emissionen verursachen. Damit wird nicht nur unserer Wirtschaft, sondern auch dem Weltklima ein Bärendienst erwiesen.

Der im Dezember erklärte Ausstieg von Kanada aus dem Kyoto-Protokoll sowie die anhaltende Verweigerung der USA und Chinas zeigen, dass wir von gleichen Wettbewerbsbedingungen auf absehbare Zeit weit entfernt sind. Da Deutschland und Europa das globale Klima nicht im Alleingang retten können, sind die Entwicklung und der Export klimafreundlicher Technologien der aussichtsreichste Weg. Dies setzt jedoch voraus, dass die Innovationskraft und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie nicht durch immer höhere Belastungen erstickt werden.

2012 ist aus meiner Sicht ein Jahr der Weichenstellungen für die Zukunft unseres Industriestandortes. Die Bewältigung der europäischen Schuldenkrise, die Ausgestaltung der Energiewende in Deutschland und die europäische Klimapolitik entscheiden darüber, wie wettbewerbsfähig unsere Exportwirtschaft in Zukunft noch sein kann. Die Stahlindustrie ist dabei ein besonders guter Gradmesser für die Gesamtentwicklung, da sie wie keine andere Branche mit fast allen Teilen der Industrie verflochten ist.

Wenn die Energie- und Klimapolitik auf dem Rücken der energieintensiven Industrie ausgetragen wird, dann werden wir alle einen hohen Preis dafür zahlen. Deshalb ist es so wichtig, dass die Erfolgsfaktoren unserer Volkswirtschaft auch in der politischen Diskussion verstanden werden. Die Studien des RWI und von Booz & Company sollen dazu einen Beitrag leisten. Sie bestätigen durch die Analyse der Wertschöpfungsketten die große gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Stahlindustrie und damit den Leitsatz unserer Branche: Zukunft beginnt mit Stahl.